

Vereinbarung zu Sachfragen zwischen der SPD und CDU Ludwigshafen für die Legislaturperiode 2014 bis 2019 des Stadtrates Ludwigshafen

Präambel

Aus gemeinsamer Verantwortung für die Zukunftsentwicklung der Stadt Ludwigshafen am Rhein im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt, verabreden die SPD und CDU Ludwigshafen nachfolgend genannte Schwerpunkte der Zusammenarbeit bis 2019. Hierbei gilt der Grundsatz: Wir wollen, dass Ludwigshafen mit seinen Stadtteilen eine starke, handlungsfähige und soziale Stadt bleibt, die in der Lage ist, die Lebensperspektiven und Teilhabechancen für ihre Bürgerinnen und Bürger zu waren.

Die Sachthemen werden gemeinsam vertreten. Darüber hinaus gehende Themen, werden jeweils verhandelt und in einer sachdienlichen Kommunikation abgestimmt.

Anträge für den Stadtrat und dessen Ausschüsse werden rechtzeitig miteinander kommuniziert und abgesprochen. Bei Meinungsverschiedenheiten bzgl. der Umsetzung dieser Vereinbarung wird zwischen den Partnern Einvernehmen in einem Koalitionsausschuss hergestellt. Wechselnde Mehrheiten werden ausgeschlossen.

1. Sicherung des Finanzaufkommens und Konsolidierung des städtischen Haushalts

In Fortführung der bereits Mitte der 90-iger Jahre begonnenen Konsolidierung des städtischen Haushaltes hat sich die Stadt Ludwigshafen im Rahmen der Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (bis 2026) und zusätzlich im Zusammenhang mit dem Abschluss des neuen Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrages mit der TWL (bis 2020) verpflichtet, in erheblichem Umfang weitere nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen.

Ziel ist es, in den kommenden fünf Haushaltsjahren soviel wie möglich an Kosten einzusparen und somit auch auf der Ausgabenseite nennenswerte Konsolidierungsbeiträge zu erwirtschaften. Hierbei sollen insbesondere die Arbeitsabläufe und Standards innerhalb der Verwaltung überprüft werden. Dabei soll zunächst auf die Fachkompetenz der eigenen Verwaltung zurückgegriffen werden. Bei Bedarf kann projektbezogen externe Hilfe in Anspruch genommen werden. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels bedarf es insbesondere eines umfassenden Personalbewirtschaftungskonzepts, um den Herausforderungen nachhaltig, zielgerichtet im Interesse der Stadt und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begegnen zu können.

Betriebsbedingte Kündigungen werden ausgeschlossen. Andere personalwirtschaftliche und organisatorische Maßnahmen, die dem Ziel der Kostenreduzierung dienen, werden unterstützt - und zwar weiterhin unter einer zeitnahen Einbindung des Personalrates.

Auch die Einnahmeseite muss weiter gestärkt werden. Die Möglichkeiten von Steuern-, Gebühren- und Pachterhöhungen sind zu prüfen und umzusetzen, soweit sich keine negativen Folgeauswirkungen für den Haushalt ergeben werden. Dies gilt auch für die Gewerbesteuer. Ziel ist eine angemessene Weiterentwicklung des derzeitigen Gewerbesteuerhebesatzes unter besonderer Berücksichtigung der Vereinbarung der BASF hinsichtlich der Ergebnisabführungsverträge zu Gunsten der Stadt Ludwigshafen.

Die Partner sind sich einig, dass eine Reform der Gemeindefinanzen einschließlich des interkommunalen Finanzausgleichs hin zu einer aufgabengerechten, am Bedarf orientierten Finanzausstattung nach wie vor dringend erforderlich ist. Bund und Land müssen mithelfen, die Handlungsfähigkeit unserer Stadt zu erhalten. Dies gilt auch für die wirklich kostendeckende Gewährleistung des Konnexitätsprinzips und zwar im Verhältnis aller staatlichen Ebenen zueinander.

2. Wirtschaft und Beschäftigung

Ludwigshafen ist das wirtschaftliche Kraftzentrum von Rheinland-Pfalz und der Metropolregion Rhein-Neckar. Die Stadt hat dann eine gute Zukunft, wenn wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in Ludwigshafen bestehende Arbeitsplätze gesichert und weitere neue Arbeitsplätze entstehen können. Von der Wertschöpfung der Ludwigshafener Unternehmen profitieren die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger in vielfältiger Weise.

Deshalb vereinbaren die Partner, weiterhin sämtliche existierende Gewerbebestände offensiv zu vermarkten, deren Belegung voran zu treiben und weitere Gewerbegebiete auszuweisen. Vor dem Hintergrund der knapp gewordenen Gewerbebestände in der Stadt soll die Entwicklungsachse West erschlossen werden. Darüber hinaus soll die äußere Erschließung des Gewerbegebietes in Ruchheim „Nördlich A 650“ durchgeführt werden. Für dieses Gewerbegebiet wollen die Partner verkehrliche Verbesserungen für die weitere Entwicklung in diesem Gebiet vorantreiben. Ziel ist eine Entlastung der Ortsdurchfahrt Ruchheim vor eventuellen Ansiedlungen.

Die weitere Entwicklung der Flächen im Industriepark Süd soll unterstützend von der W.E.G begleitet werden.

Gemeinsames zentrales Anliegen ist es, die Senkung der Arbeitslosenzahlen nachhaltig voranzutreiben vor allem der U 25. Integrationsprogramme, Pilot- und Förderprojekte sollen auf dieses Ziel ausgerichtet werden. Weitere Förderungen zu diesem Ziel sind auszuloten. Die Stadtverwaltung als großer lokaler Arbeitgeber soll weiterhin ihrer Vorbildfunktion beim Thema Ausbildung und Beschäftigung insbesondere auch bzgl. junger Migrantinnen und Migranten gerecht werden.

3. Lebensqualität und Wohnen

Die Ausrichtung der Wohnungsbaupolitik wird bedarfsorientiert weiter geführt. Leben und Wohnen in Ludwigshafen muss einen hohen Standard haben. Die Ausweisung von Ein- und Zweifamilienhausgebieten hat sich bewährt und hat dazu geführt, dass es mehr Zuzug in die Stadt gibt. Am Rheinufer Süd wird die Bebauung wie geplant hochwertig fortgesetzt. Renovieren und Restaurieren, ökologische Sanierung im Altbestand und Quartiererneuerung im Rahmen der sozialen Stadt wird fortgeführt. Bei Flächenrecycling wird darauf geachtet, dass auch das Segment kostengünstiges Bauen in Form von Einfamilienreihenhäusern bevorzugt ermöglicht wird.

Um auch bezahlbaren Wohnraum für Personen mit niedrigem Einkommen weiterhin zur Verfügung stellen zu können, soll ein Konzept für das Angebot von Wohnraum auf der Basis einer „Bruttowarmmiete“ (inkl. Energiekosten) zwischen Stadt und GAG erarbeitet werden.

Neben dem Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung bleibt das Ziel im Rahmen von Modernisierungen eine möglichst hohe Energieeffizienz zu erreichen.

Besondere Aufmerksamkeit bei der Wohnungsbaupolitik sollen überdies Senioren und Studenten genießen. Unser gemeinsames Ziel ist, dass Senioren so lange wie möglich eigenständig und selbstbestimmt in ihrer gewohnten Umgebung leben können.

Die Lebensqualität der Stadt wird vor allem durch Grünanlagen, Grünzüge, Spielplätze und Parkanlagen bestimmt. Im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten werden der Ebertpark und die übrigen städtischen Grünanlagen gepflegt und kostengünstig weiter entwickelt. Hier soll ein entsprechendes, an den Rahmenbedingungen orientiertes, Grünkonzept, auch für die Stadtteile, von der Verwaltung erarbeitet werden.

Die objektive Sicherheitslage in Ludwigshafen ist nach Auffassung der Partner deutlich besser, als das subjektive Sicherheitsempfinden vieler Bürgerinnen und Bürger. Mit der Einrichtung des runden Tisches SOS wurde gleichwohl ein richtiger Weg eingeschlagen, um die Zusammenarbeit von Stadt und Polizei in den zentralen Bereichen Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit weiter zu verbessern. Dieser Weg ist konsequent fortzusetzen. Nur gemeinsam können die vielfältigen Aufgaben gelöst und wirkungsvolle Schwerpunktsetzungen vorgenommen werden. Ziel der Partner ist es, Präsenz und Kontrolltätigkeiten der städtischen Ordnungs- und Umweltbehörden weiter zu intensivieren. Hierzu sollen von der Verwaltung die derzeitigen Konzepte überprüft und in enger Abstimmung mit den Polizeibehörden zu einem städtischen Gesamtkonzept zusammengeführt werden. Die erfolgreiche Arbeit der Kriminalprävention soll unverändert fortgesetzt werden.

4. Soziales, Jugend, Bildung und Integration

Es ist zu beobachten, dass neben den „harten“ makroökonomischen Daten zunehmend die sogenannten „weichen Faktoren“ für die Zukunftsfähigkeit eines Standortes von Bedeutung sind. Dies werden die Partner berücksichtigen. Hierbei werden Megatrends wie Kinderfreundlichkeit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Lebensqualität, kulturelle Angebote und Attraktivität für die immer älter werdende Bevölkerung besonders beachtet.

Zu diesen weichen Faktoren zählen vor allem Bildung und Integration: Sie sind die Megathemen der Zukunft. Die Partner wollen die eingeleitete Bildungsoffensive im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten mit Investitionen in Schulen und Ausbau von Ganztagschulen fortsetzen. Die gesetzlichen Anforderungen an den Ausbau von frühkindlicher Bildung und Kindergartenbetreuung (einschließlich Erhalt der Trägervielfalt) sowie die Etablierung der Realschule Plus werden von den Partnern im Bereich Bildung weiterhin die höchsten Anstrengungen erfordern. Ziel ist, der Erhalt der Vielfalt an schulischen Angeboten. Die Notwendigkeit einer 4. IGS wird im Laufe dieser Legislaturperiode geprüft. Beide Partner unterstützen die notwendige Weiterführung der Schulsozialarbeit auf dem derzeitigen Niveau mit der Zielsetzung der Kostenübernahme durch Bund und Land.

Gemeinsames Ziel der Partner ist es, vor allem auch jungen Migrantinnen und Migranten zu einer guten Schulausbildung zu verhelfen. Zu diesem Zweck sollen alle schulischen, außerschulischen, staatliche, geförderten, privaten oder Trägermaßnahmen zusammengestellt werden und im Sinne eines übersichtlichen Programms für Schüler, Lehrer, Eltern, Erzieher und die Leistungserbringenden zusammengefasst werden. Darüber hinaus soll die Vernetzung von Schule und Jugendhilfe weiterhin gefördert werden.

Ziel der Partner ist es, das Ludwigshafen eine generationenfreundliche Stadt ist, in der sich neben jungen Familien mit Kindern auch Menschen aller Altersgruppen wohl fühlen, ansiedeln und die Stadtgesellschaft beleben. Um dieses Ziel zu erreichen, soll insbesondere ein Konzept für eine „seniorengerechte Stadt“ erarbeitet werden.

Eine aktive Sozialpolitik ist ein wichtiger Baustein der Stadtpolitik. Dieser ist wichtig für einen gesellschaftlichen Konsens in unserer Stadt. Die Partner sind sich einig, die erfolgreiche Gesundheitsprävention fortzusetzen und nach Möglichkeit auszubauen. Das Klinikum mit seiner gesundheitlichen Maximalversorgung soll in kommunaler Trägerschaft erhalten bleiben.

Die Einführung eines Sozialtickets im VRN-Verbundbereich wird angestrebt. Sollte dies nicht möglich sein, wird eine Ludwigshafener Lösung realisiert, unter Berücksichtigung eines angemessenen Eigenanteils der Nutzer.

Die Zuschüsse an die Sozialverbände bleiben auf dem derzeitigen Niveau erhalten.

5. Innenstadt und Stadtteile

Der Strukturwandel in der Innenstadt muss weiterhin intensiv begleitet werden. Dafür muss ein effizientes Citymanagement eingesetzt werden. In einer Gesamtkonzeption sollen unter anderem, alternative Erdgeschossnutzungen wie beispielsweise Büros, Arztpraxen, Bildungseinrichtungen oder auch (seniorengerechte) Wohnnutzungen diskutiert werden. Gleiches gilt für die Beibehaltung der Fußgängerzone im bisherigen Umfang. Hier setzen die Partner auf Impulse aus der Arbeit und den Ergebnissen der derzeit eingesetzten City-Manager. Hieraus ableitend müssen dann weitere Schritte erörtert und umgesetzt werden.

Die Partner wollen auch weiterhin bestmöglich die EFRE- und Stadtumbaumittel zur Fortentwicklung der Innenstadt eingesetzt wissen. Die geförderten Maßnahmen werden im Rahmen der Möglichkeiten umgesetzt. Auch die attraktiven Events zur Belebung der Innenstadt sollen fortgeführt werden.

Den Partnern ist die Gestaltung und Erhalt der Lebensqualität in den Stadtteilen, die sozialen Netzwerke in den Kirchen und Vereinen vor Ort sowie eine gute Nachbarschaft wichtig. Deshalb gilt es diese Strukturen zu erhalten, zu pflegen und zu unterstützen.

6. Kultur, Sport und Freizeit

Die Partner erkennen an, dass die Angebote in diesem Bereich für die Lebensqualität und die Attraktivität der Stadt von höchster Bedeutung sind. Deshalb wird angestrebt, den Kulturetats auf dem derzeitigen Niveau zu erhalten und das Kulturangebot durch weiteren Ausbau unter anderem von Kooperation in der Metropolregion weiter zu profilieren. Auch die Förderung der freien Kultur hat hohe Priorität. Das Filmfestival auf der Parkinsel, der Kultursommer, private Theater und der Kunstverein, etc., sollen erhalten bleiben und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gefördert werden.

Trotz angespannter Finanzsituation behält die Sportförderung in der Stadt einen hohen Stellenwert. Deshalb wird angestrebt, die Förderung der Sportvereine auf dem derzeitigen Niveau zu erhalten. Nach der Neugestaltung der Beckenlandschaft mit Unterstützung seitens des Landes soll eine weitergehende Sanierung des Willersinn-Freibades fortgesetzt werden, insbesondere die notwendige Modernisierung des Bestandsgebäudes mit den sanitären Einrichtungen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten.

Auch die Marketingkonzeption der Stadt für die Zukunft soll weiterentwickelt werden; dies gilt ebenso für Messen, Märkte, kleinere Events, Wochenmärkte in den Stadtteilen, etc.

7. Verkehr, Lärm und Umwelt

Eine gute Erreichbarkeit, Mobilität und Sicherheit vor allem an den Verkehrsknotenpunkten und ein leistungsfähiger ÖPNV einschließlich S-Bahn sind für die Lebensqualität einer Stadt unverzichtbar. Dies gilt gerade im Hinblick der Umgestaltung der Hochstraße Nord in den nächsten Jahren. Die von uns formulierten 10 Punkte, in denen wir die Bedenken, Einwände, Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürgern zusammengetragen haben, sind von der Verwaltung abzuarbeiten und zu berücksichtigen.

Die Partner sind sich einig, dass man alle Möglichkeiten ausloten soll, um den Lärmschutz entlang der neuralgischen Strecken im gesamten Stadtgebiet weiter zu verbessern. Hier ist zu prüfen, ob ein Runder Tisch mit Beteiligung der Stadt sowie der DB eingerichtet werden kann.

Bei der Sanierung und dem Ausbau von Straßen muss auf die finanzielle Situation der Stadt Rücksicht genommen werden. Dies gilt sowohl für das Straßenausbauprogramm als auch der anderen Straßentrassen und Brückenbauwerke in der Stadt.

Das Thema Umwelt ist als Querschnittsthema selbstverständlich geworden. Die Partner verpflichten sich auf eine nachhaltige Umweltpolitik; beispielsweise durch die Unterstützung von energetischen Maßnahmen in Sanierungsgebieten und durch energiesparendes Bauen bei der städtischen Wohnungsgesellschaft.

Wir wollen die Energiewende lokal gestalten und dabei eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung sicherstellen. Der Klimaschutz und das Energiemanagement sollen weiterentwickelt werden. Die Partner wollen neue Mobilitätskonzepte unterstützen.

8. Kommunale und Daseinsvorsorge

Eine verlässliche Daseinsvorsorge durch unsere kommunalen Unternehmen ist für unsere Stadt wichtig und unverzichtbar. Die Partner sind sich einig, dass die für die Daseinsvorsorge verantwortlichen Unternehmen in kommunaler Trägerschaft erhalten werden sollen. Im Gegenzug werden die erforderlichen, nachhaltigen auf den Wettbewerben bezogenen, eventuell erforderlichen Neuausrichtungen, Konsolidierungen, Umstrukturierungen und Kooperationen von den Partnern unterstützt. Die Neuausrichtung der TWL ist einer Zwischenevaluierung zu unterziehen.

Im Konzern Stadt ist ständig zu prüfen, inwieweit eine Verbesserung der Zusammenarbeit untereinander erzielt werden kann, beispielsweise durch die Nutzung von Synergien zur Verbesserung der jeweiligen Wirtschaftlichkeit.

Die Partner sind sich einig, dass die LUKOM und der Marketing-Verein vor dem Hintergrund des EU- Beihilferechts und sonstiger geänderter Rahmenbe-

dingungen neu aufgestellt werden muss. Zielsetzung ist es, unter anderem die Verantwortung für die Veranstaltungshäuser neu zu ordnen. Im Hinblick hierauf, wird die GAG in dieses Projekt mit einbezogen. Zudem sollen insbesondere die Schnittstellen zur W.E.G., zum Gebäudemanagement und zur Immobilienverwaltung neu definiert werden.

Betriebsbedingte Kündigungen werden in den städtischen Gesellschaften, wie bei der Verwaltung ausgeschlossen. Bei allen angestoßenen Veränderungsprozessen ist eine zeitnahe und aktive Einbindung und Beteiligung der Arbeitnehmersvertreter unerlässlich.

Ludwigshafen, den

Wolfgang van Vliet

Ernst Merkel

Heike Scharfenberger

Heinrich Jöckel